

Kurz berichtet

23-Jähriger steht nach Anschlagsdrohung auf Disco vor Gericht

OFFENBURG (dpa) - Rund vier Monate nach einer Anschlagsdrohung auf eine Diskothek im badischen Offenburg hat der Prozess gegen einen heute 23-Jährigen begonnen. Der aus der islamisch geprägten russischen Teilrepublik Tschetschenien stammende Mann habe im März in einem Chat im Internet einen Anschlag auf eine Diskothek angedroht und einen islamistischen Hintergrund genannt, sagte der Staatsanwalt zum Prozessauftakt vor dem Landgericht



Die Drohung löste einen Großeinsatz der Polizei aus – jetzt steht der 23-Jährige vor Gericht. FOTO: DPA

Offenburg am Donnerstag. Die Drohung löste einen Großeinsatz der Polizei aus, die Diskothek mit 300 Besuchern wurde geräumt. Zu einem Anschlag kam es nicht, der Mann wurde wenige Stunden nach der Drohung von der Polizei festgenommen.

Die Staatsanwaltschaft will die Unterbringung des vorbestraften Mannes in der Psychiatrie erreichen. Werde er nicht behandelt, sei mit Blick auf die von ihm geäußerte islamistische Einstellung und Gewaltbereitschaft mit Gewalttaten zu rechnen, sagte Staatsanwalt Manuel Graulich. Unter anderem wegen Drogenkonsum leide der Mann unter einer psychischen Krankheit. In mehreren Videos habe er in dem Facebook-Chat wiederholt und in drei Sprachen „Allahu akbar“ – arabisch für „Gott ist groß“ – geschrien und die baldige Ermordung mehrerer Menschen aus religiösem Hass angekündigt, sagte Graulich.

Rennradfahrer stirbt nach Zusammenprall mit Auto

BAIENFURT (lsw) - Ein Fahrradfahrer ist bei einem Zusammenstoß mit einem Auto nahe Baienfurt (Kreis Ravensburg) gestorben. Nach Polizeiangaben vom Donnerstag passierte der 58-Jährige am Mittwochabend mit einem Rennrad eine Kurve, als ihm ein ebenfalls 58 Jahre alter Autofahrer entgegenkam. Der Autofahrer wollte nach ersten Erkenntnissen in der Kurve ein anderes Fahrzeug überholen. Dabei kam es zum Zusammenstoß mit dem Fahrradfahrer. Der Mann wurde so schwer verletzt, dass er noch an der Unfallstelle starb.

Neuer Leiter des Herbertinger Freilichtmuseums

HERBERTINGEN (lsw) - Der Osnaabrücker Archäologe Klaus Haller hat die Leitung des keltischen Freilichtmuseums Heuneburg-Pyrene in Herbertingen (Kreis Sigmaringen) übernommen. Wie die Landesdenkmalpflege Baden-Württemberg am Donnerstag mitteilte, trat der Archäologe und Historiker seine Stelle bereits am 1. Juli an. Er strebe an, die Besucherzahlen von jährlich rund 25 000 zu erhöhen. Dafür müsse das Museum ansprechende Events anbieten, die von einer zeitgemäßen Vermarktung begleitet werden, so Haller. Seit seinem Studium hatte er eine Reihe von „Living History“-Veranstaltungen zu den Themen Steinzeit, Bronzezeit und Mittelalter organisiert. Dabei werden historische Lebenswelten durch Personen, deren Kleidung und typische Gegenstände gezeigt, um eine bestimmte Epoche möglichst realistisch darzustellen.

Zug legt wegen betrunkener Frau eine Vollbremsung hin

ULM (lsw) - Ein Zug hat eine Vollbremsung eingelegt wegen einer betrunkenen Frau auf den Bahngleisen in der Nähe des Ulmer Hauptbahnhofs. Wie die Polizei am Donnerstag mitteilte, wurde die 54 Jahre alte Frau nicht vom Zug erfasst und blieb unverletzt. Nach ersten Erkenntnissen blieben auch alle Fahrgäste der Bahn bei dem Vorfall vom Mittwochabend unversehrt. Die Frau hatte einen Alkoholgehalt von 2,62 Promille im Blut. Sie hielt sich im Gleisbereich auf, weil sie dort nach ihrem Hund suchte, der sich zuvor losgerissen hatte.

Zulagen an Konstanzer Hochschule werden geprüft

STUTT GART (lsw) - Der Untersuchungsausschuss zur Zulagenaffäre an der Verwaltungshochschule Ludwigsburg wird sich auch mit möglichen Unregelmäßigkeiten bei Extra-Zahlungen an der Konstanzer Hochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung (HTWG) beschäftigen. Das hat der Ausschuss des Landtags am Donnerstag in Stuttgart beschlossen. Der Komplex könne wegen offener formulierter Fragen im Untersuchungsauftrag des Gremiums in die Arbeit integriert werden, erläuterte die Ausschussvorsitzende Sabine Kurtz. Man werde die Landesregierung um die Unterlagen zum dem Konstanzer Fall bitten. Das Wissenschaftsministerium steht nach eigenen Angaben zur Klärung der Sachverhalte in engem Kontakt mit der Hochschule in Konstanz.

58 Beratungen bei Anti-Radikalisierungsstelle

STUTT GART (lsw) - Das Beratungsangebot des Innenministeriums gegen die Radikalisierung von vor allem jungen Muslimen wird nachgefragt. Es seien bisher 58 Betroffene oder deren Angehörige betreut worden, teilte das Innenministerium am Donnerstag in Stuttgart mit. Das Alter der Betroffenen lag zwischen 13 und 40 Jahren. Der Kontakt wurde überwiegend durch Eltern, aber auch von Polizei und Schulen vermittelt. Die Stelle ist am Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen islamistischen Extremismus in Baden-Württemberg angesiedelt.

Diebe stehlen Maschinen für mehr als 28 000 Euro

NEUKIRCH/AMTZELL/WANGEN (lsw) - Zwei Diebe haben seit Juni Werkzeugmaschinen im Wert von mindestens 28 000 Euro gestohlen. Wie die Polizei am Donnerstag mitteilte, sollen die Männer im Raum Neukirch (Bodenseekreis), Amtzell und Wangen (Kreis Ravensburg) auf landwirtschaftlichen Anwesen eingebrochen sein. Die Ermittler kamen den Verdächtigen Anfang Juli auf die Spur. Sie wurden vorläufig festgenommen, nachdem die Beamten auf einem Waldstück in der Nähe eines Fahrzeugs, das wohl den beiden Männern gehörte, mehrere Werkzeugmaschinen fanden.

Schorndorf arbeitet Gewaltnacht auf Streit im Landtag nach Übergriffen beim Volksfest – Bürgermeister kritisiert Innenminister

Von Katja Korf

STUTT GART - Das Volksfest in Schorndorf (Rems-Murr-Kreis) hat am Donnerstag den Landtag in Stuttgart beschäftigt. Pünktlich dazu lieferte die Polizei vier Tage nach den Zwischenfällen in der Nacht zum Sonntag neue Zahlen – und führte damit den von der AfD gewählten Titel der Debatte ad absurdum. Unterdessen knirscht es zwischen Schorndorfs Oberbürgermeister Matthias Klopfer (SPD) und Innenminister Thomas Strobl (CDU). Klopfer fühlt sich allein gelassen, Strobl weist Klopfers Kritik an der Polizei zurück. Die AfD-Fraktion hatte die Aussprache im Parlament beantragt und sie unter das Motto gestellt: „Schorndorfer Volksfest: Die Kölner Silvesternacht ist in der schwäbischen Provinz angekommen“. In Köln kam es 2015 zu zahlreichen Übergriffen vor allem von Migranten auf junge Frauen. Damals gab es laut Bundeskriminalamt 650 Frauen, die Opfer von sexuellen Übergriffen wurden.

In Schorndorf ermittelt die Polizei in sechs Fällen von sexueller Belästigung, in zwei davon kennt sie die Tatverdächtigen. Es sind ein 20-jähriger Flüchtling aus dem Irak und drei Asylbewerber aus Afghanistan. Sie sollen Frauen begrapscht haben.

2016 rund 3820 Verdächtige

Natürlich habe Schorndorf nicht solche Dimensionen wie Köln, rechtfertigte AfD-Fraktionschef Jörg Meuthen die Parallelen, die die AfD mit dem Titel der Debatte zog. „Wir wussten ja am Montag nicht mehr“, so Meuthen. Ein „gewalttätiger Mob“ sei mit Flüchtlingen ins Land gekommen, der „unsere jungen Frauen zu verfügbaren Schlampe“ mache.

In Baden-Württemberg zählte das Innenministerium 2016 rund 3820 Verdächtige, die Straftaten von Belästigung bis Vergewaltigung begangen haben sollen. Davon hatten 1313 keinen deutschen Pass – mehr als jeder Dritte. 2015 gab es 1070 ausländische Tatverdächtige bei solchen Delikten. Die Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber unter den Verdächtigten blieb mit rund 830 konstant. Der Anteil junger Männer unter den Flüchtlingen ist höher als in der Gesamtbevölkerung.

Die Redner der übrigen Parteien verurteilten Meuthens Formulierungen. „Sie missbrauchen dieses Thema für Ihre billige Polemik“, so Petra Häffner (Grüne). „Ihr Geschäft sind Vorverurteilungen und Hetze“, kritisierte Sascha Binder (SPD). FDP-Redner Hans-Ulrich Goll forderte eine bessere Integrations- und Asylpolitik. „Die Wurzel zahlreicher gewaltsamer Vorkommnisse liegt da-



Am Rande des Volksfests in Schorndorf griffen rund hundert Jugendliche die Polizei an. Zudem ermittelt die Polizei in sechs Fällen von sexueller Belästigung.

FOTO: DPA

rin, dass viele junge Flüchtlinge ohne Perspektive bei uns leben.“

Die Polizei stellte am Donnerstag ihren Abschlussbericht zum Schorndorfer Volksfest vor. In der Nacht zum Sonntag hatten sich demnach tausend junge Leute im Schlosspark versammelt, ein gutes Stück entfernt vom

Festgelände in der Altstadt. Die bisher bekannten sexuellen Übergriffe ereigneten sich ebenfalls nicht im Park. Aus der Menge heraus warfen Jugendliche Flaschen gegen das Schloss. Dabei traf ein junger Deutscher einen Syrer. Später wollte die Polizei einen 20-jährigen Deutschen

Kommentar

Von Katja Korf

Sensible Öffentlichkeit

Gut steht nach dem Volksfest in Schorndorf niemand da. Nicht die Polizei, die in einer Pressemitteilung sexuelle Übergriffe, Randale und die Beteiligung von Migranten unglücklich vermengte. Nicht der Innenminister Thomas Strobl (CDU), der das Gespräch mit dem Oberbürgermeister Matthias Klopfer (SPD) über die Medien führt. Eben so wenig der Oberbürgermeister, der die Polizei zu nächst öffentlich kritisierte. Viele Medien verließen sich auf eine ungenaue Agenturmeldung. Die Ergebnisse zeigen, wie sensibel Bürger, Behörden und Öffentlichkeit nach den Vorfällen an Silvester 2015 sind. Straftaten von Flüchtlingen werden nun ernst genommen,



und das zu Recht. Frauen sind kein Freiwild. Das muss man auch gegen junge Männer durchsetzen, die aus ihrer Heimat ein solches Frauenbild mitbringen. Zur Wahrheit gehört aber auch: Auf jedem Volksfest oder Betriebsausflug, ja auf Familienfeiern werden Frauen sexuell belästigt. Jeder Zweiten ist das laut einer EU-Studie bereits passiert.

Unverantwortlich ist es jedoch, aus den schlimmen Ereignissen von Schorndorf abzuleiten, Deutschland stehe wegen der Flüchtlinge vor dem Chaos. Das aber tut die AfD – und zündelt einmal mehr, statt ernsthafte Oppositionspolitik zu betreiben.

✉ k.korf@schwaebische.de

Wolf wanderte aus Niedersachsen zum See

DNA-Abgleich gibt Aufschluss – Landtag debattiert über Rückkehr der Tiere

Von Katja Korf

STUTT GART - Der Wolf, der Anfang Juli zwei Wochen durch Baden-Württemberg streifte, stammt aus Niedersachsen. Das sagte Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) am Donnerstag im Stuttgarter Landtag. Das Tier war Ende Juni in Überlingen gesichtet und später tot aus dem Schluchsee geborgen worden. Der Wolf galt im Land seit 1847 als ausgerottet. Seit 2015 gab es vier Sichtigungen. Ein Wolf verschwand spurlos, zwei wurden überfahren, der vierte starb nun im Wasser.

Laut Untersteller stammt das Tier aus der Region Schneeverdingen. Dort fanden Experten seine Losung und bestimmten die DNA. Ein Abgleich mit der des Schluchsee-Wolfes brachte die Übereinstimmung. Der Wolf wanderte offenbar aus dem Norden bis zum Bodensee. Für den Minister ein Beleg, dass sich die Tiere in Gebieten mit vielen Straßen und dichter Bebauung wohlfühlen.

Genau um diese Frage ging es im Landtag. „Wollen wir den Wolf, und findet er die Bedingungen hier, die er benötigt?“, formulierte Friedrich Bullinger (FDP). Für ihn ist die Antwort klar – und lautet „Nein“. Landwirte, Viehzüchter, Jäger und Bewohner der ländlichen Gebiete blickten skeptisch auf eine Rückkehr, so Bullinger. Denn sollten sich Wölfe

auf Dauer wieder im Land ansiedeln, drohten erhebliche Schäden. Frankreich etwa zahlte 2015 Entschädigung für rund 9000 Schafe, die von Wölfen gerissen wurden.

Auch die AfD würde den Wolf lieber nicht wieder begrüßen. „Ein Paar Wölfe braucht 2,5 Nationalparks von der Größe des Schwarzwalds, um ungestört leben und jagen zu können“, so Udo Stein. Da es so große unbewohnte Flächen im Land nicht gebe, komme es unweigerlich zu Konflikten mit dem Menschen.

Das sehen sowohl die oppositionelle SPD als auch CDU und Grüne anders. „Der Wolf kommt, ob wir wollen oder nicht“, sagte Raimund Haser (CDU). Noch sei aber kein einziges Tier im Land heimisch. In Niedersachsen und ostdeutschen Bundesländern leben rund 400 Tiere.

Bislang ist seit der Rückkehr der Wölfe in Deutschland kein Fall bekannt, in dem ein Wolf einen Menschen attackiert hat. Außerdem erlauben Gesetze, die eigentlich streng geschützten Wölfe abzuschließen – wenn sie zur Bedrohung werden.

Untersteller betonte, das Land sei gut auf den Wolf vorbereitet. Unter anderem testen Naturschützer und Züchter Methoden, um Herden vor Wölfen zu schützen. Jede Sichtung werde sofort geprüft und an die Betroffenen weitergemeldet. Und: Tierhalter pflegten ebenso die Wächterheide auf der Alb wie die Täler des Schwarzwaldes – deshalb sei das Land auf sie angewiesen. „Aber der Wolf ist nicht deren größtes Problem. Wer solche Viehzüchter unterstützen will, sollte regionales Fleisch kaufen“, betonte der Minister.



Dieser Wolf ist Ende Juni im Südwesten gesichtet worden.

FOTO: DPA

16-Jähriger wegen Mord verurteilt

MITTELBIERACH/RAVENSBURG (mad) - Das Landgericht Ravensburg hat die tödliche Messerattacke eines 16-Jährigen gegen einen 17-jährigen Besucher des Fasnetsumzugs in Mittelbiberach (Kreis Biberach) als Mord eingestuft und den Täter am Donnerstag zu einer Jugendstrafe von acht Jahren und neun Monaten verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, sagte der Gerichtssprecher Franz Bernhard der „Schwäbischen Zeitung“. Die Jugendkammer sah das Mordmerkmal der Heimtücke erfüllt: Das Opfer sei überrascht worden, dass der zur Tatzeit 16-Jährige im Verlauf der „relativ leichten Auseinandersetzung“ am 11. Februar beim Fasnetsumzug ein Messer mit sieben Zentimeter langer Klinge gezückt habe; daher habe es sich nicht wehren können.

Der Stich sei mit erheblicher Wucht und zielgerichtet in den Unterleib geführt worden, die Richter erkennen mindestens einen bedingten Tötungsvorsatz. Unter anderem wurde eine Beckenarterie durchtrennt, das Opfer verblutete trotz mehrstündiger Notoperation. Die Staatsanwaltschaft und der Nebenklägervertreter hatten auf Totschlag plädiert und eine Jugendstrafe von acht Jahren gefordert. Die Verteidigung hatte auf Körperverletzung mit Todesfolge plädiert und drei bis vier Jahre Haft gefordert. Das Jugendstrafrecht sieht maximal zehn Jahre vor.

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945

Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lichtenau, Laipheim, Leutkirch, Ludwigsburg, Markt, Metzingen, Pfullendorf, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spaichingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion

Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteure: Yannick Dillinger (digital), Andreas Müller
Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schlosser
Politik: Claudia Kling; Wirtschaft: Benjamin Wagnere;
Journal/Kultur: Barbara Miller; Sport: Filippo Cataldo;
Beilagen/Wochenende: Dirk Uttenbruch;
alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf
Redaktion Berlin: Sabine Lemartz
Regionalsprecher Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub

Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.

Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG,
Weingarten und Ulm

Verlag

Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499
Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil

Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhmer
Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hofer
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Zeitungsproduktion: Klaus Zellmer
Chef vom Dienst: Bernd Scheibitz
Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 69 vom 11.2017. Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokaleditionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
Telefax: 0751 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de